

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



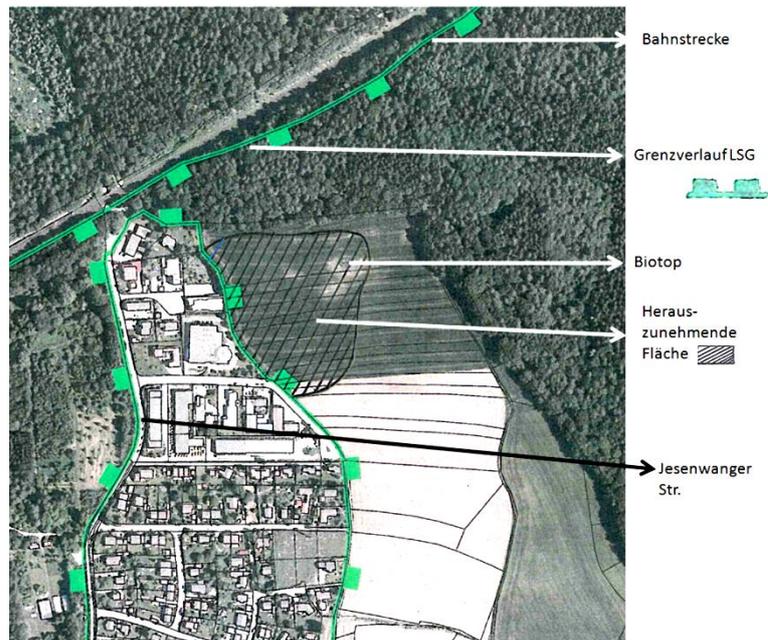
Ausgabe April 2016

An der Grafrather Jesenwanger Straße:

Mehr Verkehr und weniger Landschaftsschutz für ein Stück Gewerbegebiet

Im bestehenden Flächennutzungsplan von 1985 ist eine Erweiterung des Gewerbegebiets an der Jesenwanger Straße festgelegt. Gleichzeitig liegt diese Erweiterungsfläche von ca. 2,8 ha im Landschaftsschutzgebiet 'Obere Amper'. Dies zeigt den Konflikt auf zwischen notwendigem Natur- und Landschaftsschutz und dem Interesse ansässiger Firmen zu wachsen und ihr Gewerbe am Ort weiter zu führen. Hier gilt es, genau hinzuschauen und die Interessen gegeneinander abzuwägen.

Das bestehende Gewerbegebiet ist erst vor kurzem - nach über 30 Jahren Entwicklung - fast vollständig bebaut worden. Kürzlich hat allerdings ein Betrieb im Gewerbegebiet Insolvenz angemeldet. Eine andere im Gewerbegebiet ansässige Firma (Cabero), die Wärmetauscher in Ungarn produzieren lässt, plant nun eine Erweiterung ihrer Forschung und Verwaltung in Grafrath. Bisher gibt



es keine Information über den genauen Platzbedarf der Fa. Cabero. Es besteht jedenfalls die Möglichkeit, auf dem eigenen Grundstück ein weiteres Gebäude zu errichten.

Offener Stammtisch der GRÜNEN:
Mittwoch, 20. April, 20 Uhr
im Dampfschiff Grafrath

Die Gemeinde Grafrath hat nun den Antrag an den Landkreis gestellt, die Erweiterungsfläche aus dem Landschaftsschutzgebiet 'Obere Amper' herauszunehmen. Dagegen haben ca. 450 Grafrather*innen ihre Einwendungen vorgebracht. Der Erhalt von Schönheit und Wohnwert unseres Ortes betrifft alle Grafrather*innen. Der Schutz der Natur und seiner Artenvielfalt ist unsere Verantwortung für die kommenden Generationen. Inzwischen hat ein "Aktionsbündnis Grafrath" über 850 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt, um die Erweiterung des vorhandenen Gewerbegebiets zu verhindern.

Befürworter*innen der Gewerbegebiets-Erweiterung behaupten, dass üppige Gewerbesteuer-Einnahmen möglich seien.

Die Gewerbesteuer macht nur den kleineren Teil der Steuereinnahmen der Gemeinde aus (ca. 18%) Der weitaus größere Teil kommt aus der Einkommensteuer (ca. 69%). Außerdem gibt es in Grafrath viele kleine Gewerbe, die nicht im Gewerbegebiet angesiedelt sind, aber zum größten Teil der Gewerbesteuer beitragen. Eine Erweiterung des Gewerbegebiets wird somit unwesentlich zu Mehreinnahmen führen.

Befürworter*innen der Gewerbegebiets-Erweiterung betonen die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Natürlich ist es begrüßenswert, Wohnort-nahe Arbeitsplätze zu schaffen. Wie es aber aussieht, wenn größere Gewerbegebiete mit wenigen Arbeitsplätzen ausgewiesen werden, kann man zur Zeit am Gewerbegebiet vor Inning anschaulich sehen. Sinnvoller ist es deshalb, kleinere Firmen (Dienstleister, Handwerker, Läden) im Ort anzusiedeln bzw. zu erhalten. Diese schaffen ebenfalls Arbeitsplätze.

Die Lage des Gewerbegebiets erzeugt heute schon viel Verkehr durch das Wohngebiet an der Jesenwanger Straße. Durch eine Erweiterung wird eine weitere Zunahme des Verkehrs prognostiziert. Hier gibt es Widerstand der Anwohner*innen des gesamten Wohngebiets. Sie fürchten um die Sicherheit ihrer Kinder. Zudem befürchten Bewohner*innen der Lerchenstraße

eine spätere Anbindung ihrer ruhigen Wohnstraße an das dann erweiterte Gewerbegebiet. Natürlich gibt es auch eine Empörung der direkten Anlieger an der Jesenwanger Straße. Sie müssen gegebenenfalls die Kosten einer Erneuerung der Straße mittragen. Dabei leiden sie unter dem LKW-Verkehr der die Schäden verursacht. Ein durchgehender Gehweg ist alles, was sie brauchen, keine Erneuerung der Fahrbahn.

Es wurde sogar die Befürchtung geäußert, dass es auch um Spekulation gehen könne. Ein Betrieb könnte das Land als Gewerbefläche relativ günstig erwerben und wegen des doch sehr hohen Wohnwerts später teurer verkaufen.

Wie sollte der Gemeinderat entscheiden?

Um die Wünsche einer vor Ort ansässigen Firma zu erfüllen, ist eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets um ca. 2,8 ha nicht erforderlich und auf jeden Fall abzulehnen.

Das vorhandene Gewerbegebiet ist aus heutiger (Ein-)Sicht an dieser Stelle völlig deplatziert. Es ist ohne Bauplanung der Gemeinde gewachsen. Nur mit einem Bebauungsplan hat die Gemeinde aber eine rechtliche Handhabe, die Ansiedelung von störendem Gewerbe oder größerer Logistikunternehmen zu verhindern.

Für uns ist es deshalb wichtig, jetzt dafür zu sorgen, dass das vorhandene Gewerbegebiet mit einem Bebauungsplan überarbeitet wird. Entsprechende Festsetzungen können dann gewährleisten, dass in Zukunft nur noch nicht störendes Gewerbe angesiedelt werden kann.

Was ist für die Jesenwanger Straße erforderlich ?

Eine Neugestaltung der Jesenwanger Straße muss die Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gewährleisten. Dazu wird auf jeden Fall ein durchgehender Fußweg benötigt.. Die vorhandene Fahrbahn braucht nicht verändert zu werden. Die Straße ist ausreichend für den vorhandenen Verkehr. Generell halten wir es für angebracht, bei grundsätzlichen Entscheidungen zum Thema Gewerbegebietsausweisung das Leitbild und die Ziele des Ortsentwicklungsplans zu beachten. Hier sollen Landschafts- und Naturschutz und Verkehrsvermeidung Vorrang haben.

Supermarkt-Monopoly in Grafrath



Ursprüngliche Straßenansicht



Nach der Fäll-Aktion Ende Februar 2015

Der ursprüngliche Investor zieht sich aus dem Projekt zurück. Er findet einen Nachfolger, doch der wird nicht handelseinig mit dem Grundstücksbesitzer. Der will inzwischen selber bauen. Das passt dem ursprünglichen Investor nicht. Man streitet sich vor Gericht, der Grundstücksbesitzer bekommt Recht.

Auf dem Gelände wächst nach der Abholzaktion im letzten Jahr neues Gebüsch und Gras über die Sache.

Worum ging es nochmal?

Ach ja, ein Supermarkt sollte gebaut werden. Nachdem die Pläne für einen überdimensionierten Supermarkt mehrheitlich vom Gemeinderat abgesegnet wurden, zog sich der Investor, die Firma Schwarz Baubetreuung, zurück. Die offizielle Begründung: Das Baugenehmigungsverfahren dauere ihm zu lange. Ein Grund dürfte aber sein, dass sich der Investor nicht mehr an seine früher gemachten Zusagen halten wollte. So ging es insbesondere um die Absicherung der Vereinbarung, in den o-

ren Geschossen des Gebäudes auch Wohnungen für ältere Menschen zu errichten.

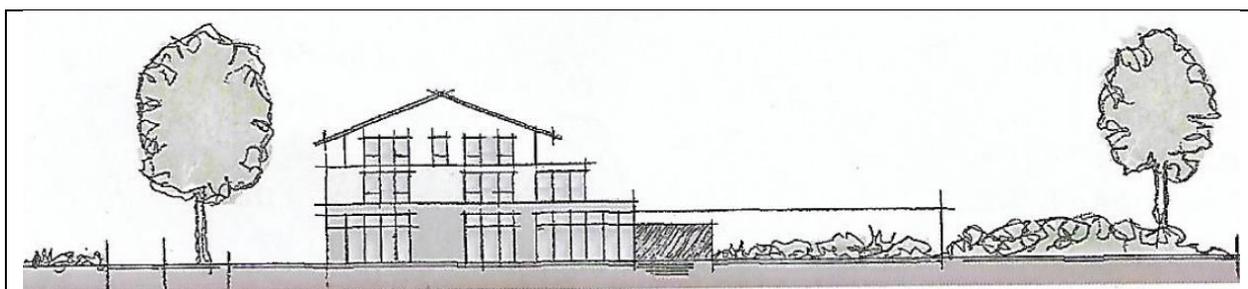
Was ist jetzt geplant?

Auf einem etwas kleineren Grundstück wird ein etwas kleinerer Supermarkt (voraussichtlich REWE) entstehen.

Zusätzlich sollen, wie beim Vorgänger-Modell, Arztpraxen und Wohnungen gebaut werden. Ein Teil der Wohnungen sollen dabei für ältere Menschen reserviert sein.

Wie schnell es jetzt vorangeht, liegt im Ermessen des Grundstückseigentümers, Familie Sedlmeier, und dem Ergebnis einer evtl. stattfindenden Berufungs-Verhandlung vor Gericht.

Für uns ist es vor allem wichtig, dass die Zusage eingehalten wird, auch Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu bauen.



Straßenansicht des derzeit geplanten Supermarkts an der Hauptstraße: etwas weniger bombastisch als das Vorgängermodell

In der Diskussion:

Ein Dorfladen für Kottgeisering

Seit die Traditionsläden der Familien Rückwart und Klotz in Kottgeisering geschlossen haben, gibt es eine heftige Diskussion darüber, ob und in welcher Form unser Dorf eine eigene Versorgung braucht und wünscht.

Der Gemeinderat hat nun beschlossen, zur Klärung dieser Frage eine Bürgerbefragung durchführen zu lassen. Am Ende soll es eine Antwort darauf geben, ob ein Dorfladen in Kottgeisering rentabel wäre, ob lieber bei den Großanbietern gekauft wird oder ob auch vor Ort ein Discounter (Hauptsache billig) entstehen soll.

Abstimmung mit den Füßen?

Ein Kottgeiseringer Bürger meldete sich in einer Gemeinderatsitzung zu Wort mit der Aussage, die Bürger*innen unseres Ortes hätten schon abgestimmt – und zwar mit den Füßen. Zu wenig Kundschaft hätte es zuletzt in den örtlichen Läden gegeben. So sei deren Schließung eine Notwendigkeit gewesen, weil zuletzt zu wenig vor Ort eingekauft worden ist.

Nun, das gute an den „Fußabstimmungen“ ist: Man hat jeden Tag neu die Möglichkeit der Wahl.

Meist geschieht diese aber in Alltagsdingen - wie dem Einkauf - intuitiv. Ein Dorfladen hat dabei nicht nur Auswirkungen für die Versorgung vor Ort. Als unabhängiger Betrieb bietet er auch Möglichkeiten, das Angebot zu bestimmen. Und somit hätten die Bürger*innen Kottgeiserings plötzlich viele Wahlmöglichkeiten.

Ein Treffpunkt im Dorf ...

Zunächst ist da die Wahlmöglichkeit für den Erhalt kleiner und mittelständischer Betriebe. Für deren Arbeitsstrukturen und dezentrale Versorgung. Viele hat man in der Zeit ohne Laden klagen hören, wie leer das Dorf ohne Laden ist. Wie viel weniger Begegnung, Austausch es gab. Und wo sollen ältere Mitbürger*innen kaufen, die nicht mehr so mobil sind? Und werden wir nicht alle mal alt?

Regionale Produkte vor Ort

Die Zentralisierung von Produktion und Handel trifft ja nicht nur die Dorfläden. Wie viele Bauern gibt es noch in Kottgeisering? Im ganzen Landkreis wird nach Recherche keine biologische Milch mehr erzeugt. Es ist wohl eine Frage der Zeit, bis im ganzen Landkreis keine Milch mehr erzeugt wird. Dafür gibt es Tierfabriken mit bekannten Folgen für die Haltung der Tiere, deren Gesundheit und der Gesundheit der Konsument*innen. Man denke nur an den massiven Einsatz von Antibiotika in der fabrikkhaften Tierhaltung.



Ein erster Schritt zum Dorfladen ...

Je stärker Großkonzerne im Handel den Markt kontrollieren, desto größer der Druck auf Produktion und Preis. Kleinbauern werden durch Billigkonkurrenz ins Abseits gedrängt und müssen aufgeben. Ebenso wie kleine Dorfläden, was die Begegnungs- und Versorgungsstruktur in vielen Gebieten deutlich verschlechtert.

Der Ökologische Fußabdruck

ist die Summe aller Ressourcen, die für den Alltag benötigt werden. Er zeigt auf, welche Fläche benötigt wird, um all die Energie und Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Dieser Flächenverbrauch wird auf alle Menschen hochgerechnet und mit den auf der Erde real verfügbaren Flächen verglichen. Der Fußabdruck stellt also nicht nur die CO₂-Bilanz dar, sondern auch den Flächenbedarf.

Wert für den Erhalt unserer Umwelt

Weiter stimmen wir mit jedem Einkauf darüber ab, welchen Wert wir dem Erhalt der Umwelt und dem Umweltschutz beimessen. Für Produktion, Vertrieb, Lagerung und Zubereitung der Lebensmittel wird vergleichbar viel klimaschädliches CO₂ erzeugt, wie durch Individualverkehr. Werden Waren regional produziert und vermarktet, gibt es kurze Wege zum Einkauf, kann ich öfter frisch einkaufen und muss nicht tief kühlen, reduziert sich der Ökologische Fußabdruck merklich. Biologisch produzierte Waren haben trotz geringerem Ertrag ebenfalls einen geringeren Ökologischen Fußabdruck, da die Produktion der Kunstdünger entfällt. Ein Dorfladen bietet die Möglichkeit dies ganz individuell zu berücksichtigen.



Für fairen Handel

Schließlich stimme ich mit meinem Einkauf auch über globale Gerechtigkeit und Menschenrechte ab. Fair gehandelte Waren sollen sicher stellen, dass Menschen überall auf der Welt, wo sie Waren produzieren auch von ihrer Arbeit leben können. Dass sie menschenwürdig behandelt werden und Gesetze des Arbeitsschutzes eingehalten werden. Dies ist immer noch für den Großteil der importierten Waren aus Drittweltländern auch im Lebensmittelbereich nicht gegeben. Kinderarbeit, sklavenartige Arbeitsverhältnisse und massive gesundheitliche Schädigung der Arbeiter*innen gehören für einen Großteil der Weltproduktion zum Alltag. Zum Glück gibt es mittlerweile auch in immer mehr Supermärkten fair gehandelte Waren, jedoch nicht im Discounter. Ein Dorfladen kann konzipiert werden, dies zu berücksichtigen, wenn genügend dafür „stimmen“.

Diese Wahlentscheidungen sich bewusst zu machen, könnte unsere Haltung und unser Engagement für einen Dorfladen deutlich beeinflussen. Sie sollten uns auf jeden Fall bei unseren täglichen Einkäufen bewusst sein.

Weniger ist mehr ...

Beim Einkauf auf qualitativ hochwertige Lebensmittel zu achten, muss dabei nicht wesentlich teurer sein. Saisonal einzukaufen (was es halt grad gibt) und Überfluss zu vermeiden (weniger Essen in den Müll) hilft hier. Es ist aber auch keine Frage von Luxus und der eigenen Ansprüchlichkeit. Fragen Sie sich öfter mal: Sind die Waren, die ich kaufe fair gehandelt, regional produziert und vertrieben und vielleicht sogar noch bio, so entscheiden Sie sich für

- faire existenzsichernde Löhne im In- und Ausland
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit
- den Erhalt von Arbeitsplätzen in Landwirtschaft und traditionellem Handwerk
- Umweltschutz und die Sicherung regionaltypischer Kulturlandschaften

All dies kann man bedenken, wenn es bald in der örtlichen Umfrage um unsere Wünsche im Bereich örtlicher Nahversorgung geht. Man kann es in jedem Fall beim nächsten Einkauf bedenken und damit eine bewusste Wahl treffen – mit den Füßen und jedes Mal aufs Neue.

Kottgeiseringer Energiewende:

1 Schritt vorwärts - 1/2 Schritt zurück

Prolog:

Eine Erderwärmung ist aus heutiger Sicht keine Möglichkeit mehr sondern eine Tatsache. Die Wissenschaft geht davon aus, dass die Erderwärmung nicht mehr zu stoppen ist, sondern bestenfalls abzumildern. Als wesentliche Ursache gilt die massenhafte Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle und Öl. Die Folgen sind vielfältig: Erhöhung des Meeresspiegels, Zunahme von Wetterextremen, wie Überschwemmungen, Stürme und Dürren und dementsprechende Zunahme von Umweltflüchtlingen, Menschen, die in ihrer Heimat

nicht mehr überleben können und fliehen müssen, sind nur einige davon. Man geht weiter davon aus, dass die Erderwärmung die kritische Schwelle von 2 Grad nicht überschreiten darf, wenn katastrophale Auswirkungen verhindert werden sollen. Dies soll erreicht werden, durch die Energiewende, den weltweiten Umstieg auf erneuerbare Energien. Auch Kottgeisering ist dabei!

November 2011:

Mitwirkung beim landkreisweiten Klimaschutzkonzept. Der Landkreis und die 23 teilnehmenden Städte und Kommunen haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich bis 2030 vollständig durch erneuerbare Energien zu versorgen.

März 2012:

Nach starken Bürgerprotesten wird der Bauantrag für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage abgelehnt. In der Sitzung zuvor war zugestimmt worden.

Oktober 2012:

Der interkommunale Teilflächennutzungsplan sieht auch auf Kottgeiseringer Flur Flächen für die Errichtung von Windrädern vor. Ein Bürgerprojekt zur Umsetzung bildet sich. Zwei Windräder sollten entstehen. Sie würden der Gemeinde Gewerbesteuer einbringen und mehr als den erforderlichen Strombedarf des Ortes erzeugen.

April 2013:

Unter Mitwirkung vieler Bürger*innen wird ein eigenes Energiekonzept für den Ort erarbeitet, wie die Energiewende zu schaffen ist.

Ein wesentliches Ergebnis: Um die Energiewende zu schaffen, braucht es die Mitwirkung aller. Da nur sehr wenige gemeindliche Liegenschaften vorhanden sind, liegt das größte Potential bei den privaten Haushalten. Hier wiederum wird der Löwenanteil der Energie für Heizwärme verbraucht. Allein durch Sanierungsmaßnahmen (moderne Heizanlagen und gedämmte Wohnräume) ergeben sich 37%

Einsparpotential. D.h. fast ein Drittel der Kottgeiseringer Energiewende wäre zu schaffen,



... und sie drehen sich doch ...

Im letzten Jahr hat das Mammendorfer Windrad (hier neben der Pucher Kirche) unerwartet hohe Erträge erwirtschaftet. Der Bau eines dritten Windrads wurde wegen *"erheblicher Beeinträchtigung der Pucher Kirche und des zu ihr führenden Pilgerwegs"* verboten.

Februar 2012:

Aus den Reihen des Gemeinderates findet sich eine Gruppe, die den Energie-Arbeitskreis belebt und damit zur Umsetzung der Energiewende beitragen will.

wenn die Häuser Heiz- und Dämmtechnisch auf Stand gebracht werden würden. Auf den dafür geeigneten Dachflächen könnte mehr als doppelt so viel Strom erzeugt werden, wie der verbraucht wird.

Oktober 2013:

Es formiert sich deutlicher Widerstand gegen

die geplanten Windräder. „Grundsätzlich ja – aber nicht bei uns!“

November 2013:

Nicht zuletzt unter dem massivem Bürgerprotest erklärt die Regierung von Oberbayern die für die Windräder vorgesehenen Flächen zu Ausschlussgebiete. Artenschutz und Landschaftsbild gehen vor.

Mai 2014:

Der neugewählte Gemeinderat kommt zusammen. Klar ist aber auch, dass niemand aus dem Vorstand des AK-Energie zur Wiederwahl zur Verfügung steht.

Oktober 2014:

Einberufung des Arbeitskreises durch die neue Bürgermeisterin. Die Veranstaltung ist zahlreich besucht. Unter den Anwesenden befindet sich aber niemand, der die Belange der Energiewende verantwortlich weiter führen will. Stillstand.

April 15:

Wenige frustrierte, aber nicht ganz klein zu kriegende Interessierte sammeln sich erneut, um die Maßnahmen des Energiekonzepts anzupacken und die Energiewende zu bewerben.

Oktober 2015:

Das Bürgerprojekt Windrad löst sich vollständig auf. Es gibt keine Hoffnung auf die Möglichkeit einer Umsetzung.

November 2015:

Unter Federführung des Arbeitskreises findet eine Befragung aller privater Haushalte zur energetischen Situation und zur Einschätzung der Sinnhaftigkeit eines Energiearbeitskreises

statt. 5% der Haushalte beteiligen sich daran. 95% schweigen.

Dezember 2015:

Beim Weltklimagipfel in Paris wird von allen teilnehmenden Staaten ein Abkommen unterzeichnet, sich zu verpflichten Maßnahmen zu ergreifen, dass die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad begrenzt wird. Diese Abkommen ist völkerrechtlich bindend.

Januar 2016:

Zu einer Ortsbegehung mit einem zertifizierten Gutachter und einer Wärmebildkamera kommen rund 20 Personen. Trotz imposanter Wärmebilder ist rasch klar: Zur Einschätzung des Sanierungsbedarfs einzelner Objekte ist eine umfassende Vor-Ort-Beratung unumgänglich.

März 2016:

Der Gemeinderat beschließt die Straßenbeleuchtung im Zeitraum der nächsten vier Jahre auf LEDs umzustellen. Der Energieverbrauch verringert sich dadurch um ca. 65%. Die Kosten der Umrüstung amortisieren sich nach ca. vier Jahren. Auf den gesamten Ort ist dies eine Stromeinsparung von etwa 1%.

Weitere Aussichten:

Die Strategie der kleinen Schritte wird die notwendigerweise weitreichenden Ziele der Energiewende nicht schaffen., wenn es in dem Tempo und der Halbherzigkeit weiter geht. Die Aussichten also: Wechselhaft stürmisch, mit Neigung zu Starkregen im Wechsel mit Trockenheits- und Hitzeperioden.

30 Jahre nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima ist der Atomausstieg zwar beschlossen, aber noch nicht vollzogen. In Gundremmingen steht Deutschlands gefährlichstes Atomkraftwerk. Wir fordern, beide Blöcke bis spätestens 2017 abzuschalten.

Die Grünen rufen deshalb auf zur

Anti-Atom-Demo Gundremmingen

**Samstag, den 23. April 2016
13:00 Uhr**

**Kreisverkehr vor dem Atomkraftwerk, Gundremmingen
mehr Information: www.abschalten-vor-dem-gau.de**

Bericht vom Asylhelferkreis Grafrath: Der Weg vom "Willkommen" - zum "Ankommen"

Kulturelle und soziale Integration

Seit dem großen Flüchtlingsstrom nach Europa ist Deutschland mehr gefordert denn je. Städte und Landkreise mühen sich ab, die vielen Menschen unterzubringen. Eine Unterkunft zu finden ist aber nur der erste Schritt.

Die Hauptaufgabe für unser Land und alle Helfer*innen ist es, die Menschen in unsere demokratische Gesellschaft kulturell und sozial einzubinden. Das heißt: Erlernen der Sprache, Verstehen und Akzeptieren unserer Werte und Regeln und ein aufrichtiger, respektvoller Umgang miteinander.

Keine leichte Aufgabe auch deswegen, weil die Asylsuchenden meist aus Ländern mit Diktaturen, gewalttätigen Regimen, mit einer sehr religiös, autoritär und männlich geprägten Gesellschaftsform kommen.

Möglichkeiten in Grafrath

Unter sozialer Integration verstehen wir Helfer*innen das Einbinden der Asylsuchenden in das soziale Leben in unserem Ort, das Einladen zu Festen und Veranstaltungen, das Eingliedern in Vereine, das Begegnen in Familien, das gegenseitige Akzeptieren und Rücksicht nehmen.

Auch Praktika- und Arbeitsangebote von Firmen und Geschäften sind ein wichtiger Meilenstein und eine bedeutende Hilfe zur Integration.

Je mehr Menschen sich in unserem Ort für die Flüchtlinge und ihre Herkunft interessieren, den Kontakt ohne Scheu suchen, umso zielgerichteter und erfolgreicher kann Integration gelingen. (Vorbildfunktion) Was im Kleinen beginnt, kann auch im Großen wirken.

Der neue Treffpunkt "Mitanand"

Aus diesem Grunde hat der Helferkreis Grafrath im Dezember 2015 den Treff "Mitanand" gegründet, der zur Zeit wöchentlich stattfindet.

Der Treff hat das Ziel, einander besser kennen zu lernen und voneinander zu lernen. Zugleich

bietet er den Helfer*innen die Möglichkeit, wichtige Themen zu diskutieren, im Miteinander praxisnah zu leben, wie aktuell die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Es ist uns wichtig, die Bereitschaft zur Integration zu erkennen und zu fördern.

Sobald sich der Treff etabliert hat, wollen wir gerne auch Grafrather Bürger*innen dazu einladen.



Asylsuchende in Grafrath

In den 5 Unterkünften, die das Landratsamt FFB in Grafrath angemietet hat, betreuen wir zur Zeit 50 Asylsuchende, stammend aus Afghanistan, Nigeria, Eritrea, Somalia, Serbien, Syrien.

Die Verweildauer der einzelnen Flüchtlinge ist unterschiedlich und hängt vom Verfahren und von der Anerkennung durch das Bundesamt ab.

Kann Integration gelingen?

Von den syrischen Flüchtlingen der Fluchtzeit 2012/13, sind inzwischen alle anerkannt und in eigenen Mietwohnungen untergebracht. Zwei Familien leben in Grafrath, einige in der Buchenau, 4 Familien sind zu Verwandten weggezogen. Die meisten konnten ihre Sprachgrundkurse beenden, einige sogar den schwierigen Aufbaukurs, der Voraussetzung für ein Studium oder eine Ausbildung zu*r Erzieher*in ist. Mit Hilfe des Helferkreises wurden auch Arbeitsstellen gefunden, z.B. bei Aluminium Bau Roth in Grafrath oder bei einer IT-Firma in der Buchenau.

Ein Flüchtling arbeitet seit 2014 selbständig als Schneider, ein anderer hat nach einem Praktikum in der Klinik Dachau eine Stelle als Assistenzarzt in Oberstdorf gefunden. Beide bestreiten jetzt ihr Leben ohne staatliche Unterstützung.

Die Kinder der Familien sprechen schon sehr gut Deutsch, sind in Schulen und Sportvereinen integriert.



Die ersten Schritte auf dem Weg zur Integration sind gemacht, aber sind die Menschen schon angekommen? Wie in jeder Gemeinschaft stellen wir fest, dass sich einige unserer Asylsuchenden engagiert und zielgerichtet auf ihren Weg machen, andere aber über die Hindernisse der Bürokratie stolpern und es schwer fällt, gültige Regeln einzuhalten. Als Helfer*innen halten wir weiterhin Kontakt und versuchen Perspektiven für das weitere Leben zu besprechen und zu begleiten.

Wir helfen direkt in Syrien - Unser Vorzeigeprojekt, die Dialysestation in Afrin

Ein wichtiges Anliegen der Politik ist es, alles zu tun, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Einen sinnvollen Beitrag dazu liefert der Asylhelferkreis bereits seit 2014.

Wie schon in unseren Gemeinden bekannt, hat sich der Helferkreis Grafrath einer großen Aufgabe verschrieben, nämlich der Gründung und Versorgung der **Dialyse Station in Afrin**, im kurdischen Gebiet im NW von Syrien.

Seit einem Jahr sorgt die "Bihar (Frühling/kurdisch) Relief Organisation" in der Stadt Afrin dafür, dass 30 Patient*innen - mit steigender Tendenz - behandelt werden können.

Afrin ist in Syrien noch eine relativ sichere Enklave, geschützt und gesichert durch kurdische Verteidigungskämpfer.

Da andere Krankenhäuser durch die Kriegssituation ausfallen, gelangen nach Afrin immer mehr Dialysepatienten. Die Geräte dort werden knapp.

Das Bihar Krankenhaus wird in seiner Gesamtheit auch von anderen Hilfsorganisationen unterstützt, die Dialyseeinrichtung aber ist unser Projekt, das wir weiterhin mit finanziellen Mitteln versorgen wollen und wofür wir weiterhin in Grafrath Feste und Veranstaltungen auf die Beine stellen werden um jährlich eine große Summe gewährleisten zu können.

Warum?

Zwei Gründe bestimmen unseren Einsatz für die Dialysestation:

1. Die syrischen Menschen sollen da, wo es noch möglich ist, in ihrer Heimat Afrin, eine lebensrettende Behandlung erfahren und sich vom Rest der Welt nicht vergessen fühlen.
2. Die Bihar Relief Organisation, an die wir unser Spendengeld überweisen, ist eine kurdische Organisation, nicht konfessionsabhängig und nicht ethnisch handelnd. Für sie gilt Achtung vor jedem Menschenleben. Zudem steht ein syrischer Bürger unserer Gemeinde in ständigem Austausch mit der Organisation und mit seiner Familie, die in Afrin lebt.

Wir hoffen, dass wir auch dieses Jahr wieder viele Bürger*innen zu unseren Veranstaltungen einladen dürfen und freuen uns über jede Spende vor Ort oder auf das angegebene Konto bei der evangelischen Kirche.

Spendenkonto (steuerlich abzugsfähig!) Evang.-luth. Kirchengemeinde Grafrath Volksbank Raiffeisenbank Fürstfeldbruck Kontonummer: 217360 BLZ : 70163370 IBAN: DE 97701633700000217360 BETREFF: "Asylkreis Grafrath"

Susanne Engelmann

Recht auf Asyl?

Asylsuchende bekommen **Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention**, "wenn Leben oder Freiheit im Herkunftsland wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer

Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht ist." (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien werden in Deutschland bisher bevorzugt behandelt und beinahe ausnahmslos als Flüchtlinge anerkannt. Mit dem gesicherten Schutzstatus bekommen sie eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre, die auch das Recht auf Familiennachzug beinhaltet.

Einen **eingeschränkten Status - "subsidiären Schutz"** - erhalten Menschen, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Sie müssen zwar nicht in die Heimat zurück, etwa weil ihnen dort Todesstrafe oder Folter drohen oder Bürgerkrieg herrscht. Anders als Menschen mit Asyl- oder Flüchtlingsstatus bekommen sie aber zunächst nur eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, die verlängert werden kann. Die schwarz-rote Koalition hatte unter anderem beschlossen, das Recht auf Familiennachzug für Menschen mit "subsidiärem Schutz" für zwei Jahre komplett auszusetzen.

Das Grundrecht auf Asyl (Art. 16a) in Deutschland wurde mit der Bestimmung "sicherer Herkunftsländer" wesentlich eingeschränkt. In Verbindung mit dem 1990 beschlossenen und 1997 in Kraft getretenen „Dublin-Übereinkommen“ in der EU wurde die Flucht nach Deutschland über den Land- bzw. Seeweg praktisch unterbunden. Der Kern dieses Abkommens besagt: Der Mitgliedsstaat, in den ein Asylbewerber zuerst eingereist ist, muss das Asylverfahren durchführen.

Dieses Verfahren bürdet den ärmeren Mitgliedsländern in Südeuropa die alleinige Verantwortung auf. Es kam zu massiven Verstößen gegen die allgemeinen Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention. Die Gründe hierfür sind:

- **Wachsende Flüchtlingszahlen durch mangelnde Unterstützung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) durch reiche Industrienationen wie Deutschland.**
- **Mangelnde Unterstützung innerhalb der EU für aufnehmende Mitgliedsländer wie Italien und Griechenland.** Das italienische Programm „Mare Nostrum“ zur Rettung von Flüchtlingen musste eingestellt werden und hunderte ertranken im Mittelmeer vor Europas Grenzen.
- **Mangelnde Achtung der Menschenrechte durch EU-Mitgliedsländer im Osten.** In Ungarn wurden Asylbewerber*innen unter menschenunwürdigen Bedingungen ins Gefängnis gesteckt. Nun wurde eine hohe Grenzmauer errichtet. Andere EU-Länder folgten dem Beispiel.

Das kürzlich abgeschlossene Abkommen mit der Türkei ist zwar ein Schritt zu einer Gesamt-EU-Lösung. Es ist aber weiterhin zu befürchten, dass Rechte verletzt werden:

- Fluchtgründe müssen individuell geprüft werden
- Es muss geprüft werden, ob einem Flüchtling in der Türkei politische Verfolgung droht.
- Das Schicksal der in Idomeni vor dem Grenzmauer an der griechisch /mazedonischen Grenze festgesetzten Flüchtlingen ist völlig unklar.

Afghanistan - ein sicheres Herkunftsland?

In Kottgeisering wohnen derzeit auch zwei afghanische jugendliche Asylbewerber. Sie besuchen die 9. Klasse der Mittelschule in Türkenfeld und werden in diesem Jahr erfolgreich ihren Qualifizierten Hauptschulabschluss machen um anschließend eine Ausbildung zu beginnen.

Diese beiden afghanischen Jugendlichen befürchten, dass ihr Aufenthalt in Kottgeisering

zeitlich sehr begrenzt sein wird, denn die Zahl der Asylbewerber*innen aus Afghanistan soll laut Bundesregierung deutlich reduziert werden. Unsere Regierung plant, Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Deutsche Soldaten und Polizisten hätten dazu beigetragen, Afghanistan sicherer zu machen, sagte Innenminister de Maizière. Zudem sei sehr viel Entwicklungshilfe dorthin geflossen und da könne man doch erwarten, dass die

Afghanen in ihrem Land bleiben und auch wieder dorthin zurückkehren.

Tatsache ist aber, dass die USA entschieden haben, die 9800 stationierten Soldaten in Afghanistan noch länger dort zu lassen. Ebenso macht Frau von der Leyen deutlich, dass eine Verlängerung des Bundeswehreinsetzes unausweichlich sei. Die Verbündeten Soldaten sollten erst abgezogen werden, wenn es die Sicherheitslage erlaubt. Durch diese militärische Einschätzung wird sehr deutlich sichtbar, ein sicheres Herkunftsland ist Afghanistan nicht. Die Taliban sind nach wie vor stark wie lange nicht mehr. Al-Kaida ist ebenfalls nicht besiegt und der "Islamische Staat" versucht, seine Terrorherrschaft in Afghanistan auszubauen. Korruption, Raub und Erpressung mischen sich mit der Unfähigkeit und Willkür der

Sicherheitskräfte Afghanistans. Viele Menschen des Landes haben noch nie Frieden erlebt und im Land herrscht Anarchie; es gibt beinahe täglich Anschläge mit vielen Toten und Verletzten. Der afghanische Minister für Flüchtlingsangelegenheit hat die deutschen Behörden bereits offiziell gebeten, keine afghanischen Asylsuchenden abzuschieben.

Auch unsere Asylbewerber aus anderen Herkunftsländern ängstigen sich vor einer Abschiebung. Die Integration unserer Jugendlichen wird dadurch erheblich erschwert. Die Verunsicherung, die sie durch die politischen Akteure erfahren, führt dazu, dass ihre Motivation zu Spracherwerb und Ausbildung entmutigt wird. Das erschwert den Jungs, hier anzukommen.

Pfarrer in Zorneding gibt auf:

CSU zündelt an christlichen Werten

Dezember 2012

Olivier Ndjimbi-Tshiende, gebürtiger Kongolese, habilitierter Philosoph, wird Pfarrer in Zorneding

2014

35 minderjährige Flüchtlinge kommen nach Zorneding. Eine Schule, die ein Hilfsprojekt erarbeitet, wird mit fremdenfeindlichen Mails bombardiert.

Oktober 2015

Die Zornedinger CSU-Vorsitzende Silvia Boher schreibt im Parteiblatt „Zornedinger Report“ von einer „Invasion“ afrikanischer „Militärdienstflüchtlinge“.

Der Pfarrer widerspricht ihren Thesen und der Pfarrgemeinderat fordert den CSU Ortsverband auf, eine Grafik der Zornedinger Kirchen vom Cover des CSU-Parteiblatts zu nehmen.

Johann Haindl, stellvertretender CSU Vorsitzender, schrieb daraufhin in der Ebersberger Zeitung: *„Der muss aufpassen, dass ihm der Brem (Altpfarrer von Zorneding) nicht mit dem nackerten Arsch ins Gesicht springt, unserem Neger.“*

November 2015

Zornedings erster Bürgermeister Piet Mayr (CSU) erteilt auf einer Versammlung Flüchtlingshelfer*innen mit Verweis auf die Gemeindeverordnung Redeverbot. Er erhält lauten Beifall!

Ende 2015

Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende erhält Schmähpост und Drohungen wie *„Ab mit dir nach Auschwitz“* und *„Nach der Vorabendmesse bist du fällig“*. In drei Fällen erstattet er Anzeige.

Anfang März 2016 verlässt Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende die Gemeinde. Johann Haindl und Silvia Boher sind mittlerweile nach deutschlandweiten Schlagzeilen von ihren CSU-Ämtern zurückgetreten. Boher sitzt aber nach wie vor im Gemeinderat und Piet Mayr ist Bürgermeister von Zorneding.

Quellen:

Bayerischer Rundfunk -

<http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/zorneding-pfarrer-morddrohungen-100.html>

Süddeutsche Zeitung

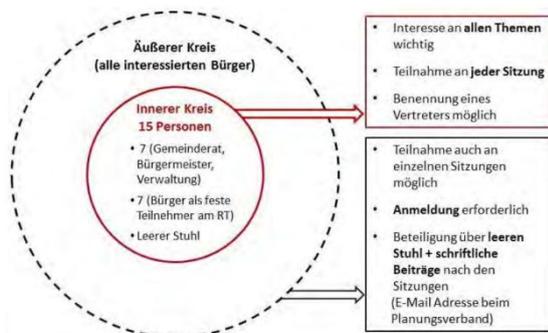
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/zorneding-csu-ortsvorsitzende-hetzt-gegen-fluechtlinge-1.2690792>

Runder Tisch zur Grafrather Ortsentwicklung - eine runde Sache?

Zur Wahl zum letzten Gemeinderat sind alle Gruppierungen mit dem Versprechen angetreten: "Schluss mit der Streiterei - es geht ja schließlich um die besten Entscheidungen für unseren Ort". Die Grünen haben die Forderung nach einem Runden Tisch zur Ortsentwicklung in ihrem Programm zur Kommunalwahl.

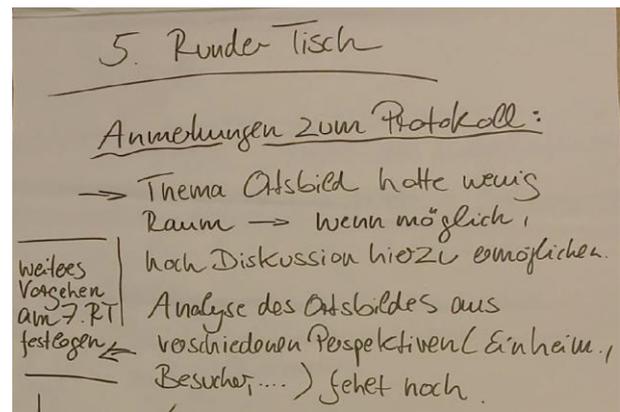
Vor einem Jahr war es dann so weit: eine gut besuchte 'Bürgerwerkstatt', die von Stadtplanerinnen des 'Planungsverbands äußerer Wirtschaftsraum' moderiert wurde, gab mit wichtigen Anstößen die Richtung vor. Daraus bildete sich ein Gremium aus dem Bürgermeister, sechs Gemeinderät*innen und sieben interessierten Bürger*innen im 'inneren Kreis' und einer Reihe weiterer Interessenten im 'äußeren Kreis'. Im inneren Kreis wurde diskutiert. Mitglieder im äußeren Kreis hörten zu, durften sich aber mit Kommentaren, Ideen und Fragen einbringen.

Runder Tisch (RT) - Organisation



In sieben Sitzungen wurden Leitlinien zu den Themen Gewerbe, Verkehr, "Siedlungsstruktur und Ortsbild", "Bezahlbarer Wohnraum" und "Zentrale Ortsbereiche" entwickelt. Hierbei ging es uns darum, möglichst im Konsens Grundzüge für die längerfristige Ortsentwicklung zu erarbeiten. Dabei sollten keine etwaigen Gemeinderatsbeschlüsse im Detail diskutiert werden. Dem Gemeinderat sollten vielmehr Kriterien an die Hand gegeben werden, die bei den Beschlüssen im Auge behalten werden sollen.

Das Ergebnis wurde den Grafrather*innen in einer weiteren gut besuchten 'Bürgerwerkstatt' am 10. März vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Hierbei gab es viel Zustimmung.



Einzig ein Punkt wurde heftig diskutiert: Die Gewerbegebietserweiterung im Landschaftsschutzgebiet. Der 'Runde Tisch' war hier zu keiner einheitlichen Meinung gekommen. *"Im Rahmen der Ortsentwicklungsplanung wurde nicht geklärt, inwieweit die Nutzung einer bisher un bebauten Fläche als künftige Gewerbefläche mit anderen Zielen der Ortsentwicklungsplanung vereinbart werden kann. Die Gegenüberstellung und Abwägung der unterschiedlichen in der Ortsentwicklungsplanung hierzu formulierten Ziele sollte daher in diesem Fall dem Gemeinderat vorbehalten bleiben."*, heißt es hierzu im vorgelegten Ortsentwicklungsplan.

Dies gibt denjenigen Recht, die befürchten, eine allgemeine Einigung ist zwar gut und schön, aber ob die Gemeinderatsmehrheit da mitzieht, ist überhaupt noch nicht ausgemacht. Zu denken gibt auch Folgendes: Der für Gewerbe zuständige Referent, Herr Dr. Kurz (CSU), hat sich bei der Bürgerwerkstatt gar nicht blicken lassen.

Mehr Information und die Protokolle des Runden Tisches zur Ortsentwicklung gibt es auf der Internet-Seite der Gemeinde:

<http://www.vg-grafrath.de/index.php?id=0,1449>

Immer dringender:

Bezahlbarer Wohnraum

Im Rahmen der Ortsentwicklungsplanung Grafath wurde neben vielen anderen Themen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung,- Bevölkerungszuwachs, Stagnation, mäßiges Wachstum etc , - und deren Konsequenz für unseren Ort diskutiert. Ein Schwerpunktthema hierbei ist die Sorge um bezahlbaren Wohnraum.



Das "Märchenwaldgrundstück" - eine Möglichkeit für soziale Bodennutzung

Im S-Bahnbereich der attraktiven Wohn- und Arbeitsstadt München, die selbst unter der Wohnungsknappheit und der hiermit einhergehenden Wohnraumverteuerung leidet, steht auch Grafath unter gewissem Siedlungsdruck, der auch hier zu Knappheit und Verteuerung führt. Ein Öffnen der Bebauungsschranken würde zu einer kurzzeitigen Verbesserung führen um dann, umso schneller an die Wachstumsgrenzen der Infrastruktur und des Landschaftsschutzes zu stoßen.

Bei stark ansteigenden Mieten und Grundstückskosten wird es für Grafrather Bürger*innen immer schwieriger, am Ort zu bleiben.

Das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist aus rechtlichen Gründen nur in engem Zusammenhang mit der Aufstellung neuer Bebauungspläne und Baugebietsausweisungen möglich.

So hat die Gemeinde die Möglichkeit, zusammen mit dem Grundstücksbesitzer oder Investor mit einem städtebaulichen Vertrag die Deckung des Wohnbedarfs von „Bevölkerungsgruppen mit besonderen Wohnraumversorgungsproblemen“ sowie „der ortsansässigen Bevölkerung“ in Angriff zu nehmen. Dazu zählt insbesondere auch die Bereitstellung von kos-

tengünstigen geförderten Mietwohnungen (sozialer Wohnungsbau).

Ein paar Zahlen zur Entwicklung von Grafath:

Die im Flächennutzungsplan von 1985 ausgewiesenen Bauflächen sind noch nicht alle ausgeschöpft. Dennoch ist die dort prognostizierte Einwohnerentwicklung von 3 555 Einwohnern bereits 2003 erreicht worden. Die Prognosen über Flächenausweisungen im Verhältnis zur Einwohnerentwicklung sind also vage und mit Nachverdichtungen in den vorhandenen Baugebieten kann Wohnraum für relativ viele Menschen geschaffen werden.

Die Nachverdichtungspotenziale im Bestand (mit Baurecht nach § 34 BauGB oder Bebauungsplan) reichen für ca. 400 - 450 Personen. (Quelle Planungsverband München).

Die Vorratsflächen im Flächennutzungsplan (bisher ohne Baurecht) bieten laut PV München Platz für ca. 400 Personen. In Grafath können also theoretisch bis zum Jahre 2025 ca. 850 weitere Personen wohnen ohne dass ein neuer Flächennutzungsplan notwendig wäre.

Mögliche zusätzliche Flächen wie Klosterwirt oder Märchenwald sind darin noch nicht enthalten.

Das Gebiet des "Märchenwaldgrundstücks" ist im gültigen Flächennutzungsplan als Sondergebiet für Gemeindebedarf ausgewiesen. Dies ist eine Besonderheit, die den Anspruch an eine soziale Nutzung noch verstärkt. Für das Gebiet soll nach dem Willen des Gemeinderats die Möglichkeit der sozialen Bodennutzung zugunsten der gemeindlichen Notwendigkeiten ausgeschöpft werden. Die Verhandlungen sind hier bereits aufgenommen.

Erst wenn zufriedenstellende Ergebnisse hier vorliegen, kann ein Bebauungsplan erstellt werden. Die komfortable Ausgangssituation, dass die Gemeinde nicht unter Handlungsdruck steht, gibt ihr die Möglichkeit, Bauland nur dann auszuweisen, wenn die Waage zwischen gemeindlichen Ansprüchen und Bauträgerinteressen ausbalanciert sind.

Auf diesem Gelände des ehemaligen "Märchenwaldgrundstücks" könnten dann in einem

Teilbereich kostengünstige Wohnungen für die Grafrather Bedürfnisse entstehen.

Über die Form der Umsetzung, sei es durch eine Baugenossenschaft, einen verpflichteten Bauträger oder aber in Eigenregie der Ge-

meinde muss anschließend entschieden werden.

Peter Kaifler

Klosterwirt Grafrath:

Neuer Anlauf



Das letzte Bürgerbegehren zum Thema Klosterwirt liegt nun auch schon 2 Jahre zurück. Damals wollte eine Mehrheit der Bürgerschaft verhindern, dass die überdimensionierten Wohnungsbau-Pläne des Bauträgers Real-Treuhand hinter dem Klosterwirt-Gebäude umgesetzt werden.

Der Gemeinderat hat daraufhin beschlossen, dass ein Arbeitskreis aus interessierten Bürger*innen ein Konzept für die Zukunft des Klosterwirt-Bereichs erarbeitet. Dies wurde im Herbst 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt und vom Gemeinderat begrüßt: Das Konzept umfasst im wesentlichen:

- Das Wirtshaus-Gebäude muss baurechtlich sowohl in seiner Kubatur, als auch in seinem ursprünglichen Erscheinungsbild gesichert werden. Der Betrieb einer Gaststätte mit Übernachtungsmöglichkeiten wird gewünscht.
- Der denkmalgeschützte Stadel soll vielseitig nutzbar sein. Vorgeschlagen werden Cafe, kleine Läden, Ausstellungsräume etc.
- Das Umfeld mit Klosterkirche, Klostergebäude und Klosterwirt soll verkehrsberuhigt gestaltet werden. Zusätzlich soll eine Fußgängerbrücke über die

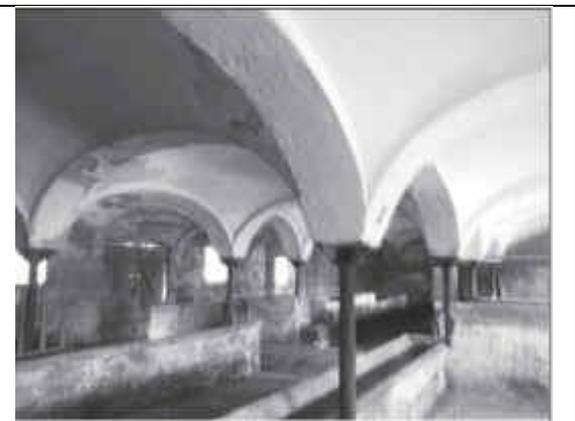
Amper die Klosterstraße mit dem Rathaus verbinden.

- weitere vorhandene Flächen sollen für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stehen. Dazu zählt das Wohnen für Jung und Alt mit Treffpunkten und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Nutzung.

Zwischenzeitlich haben die Grundstücksbesitzer, eine Erbengemeinschaft, das Gelände vom Klosterwirtgebäude und angrenzenden denkmalgeschützten Stadel an einen Investor verkauft. Und schon brodelte die Gerüchteküche, was nun mit dem Gebäuden passiert.

Um die Zielsetzungen des Konzeptes des Arbeitskreises zu berücksichtigen und gleichzeitig zu verhindern, dass anstelle des geschichtsträchtigen Klosterwirt-Gebäudes ein belangloses Gebäude entsteht, wurde von den Grünen beantragt, den vorhandenen Bebauungsplan so anzupassen, das wiederum bei einem Neubau ein gleichgroßes und gleichartiges Gebäude entsteht. Dies wurde von der Mehrheit des Gemeinderates (CSU, SPD, Frauenliste, Einigkeit) jedoch abgelehnt.

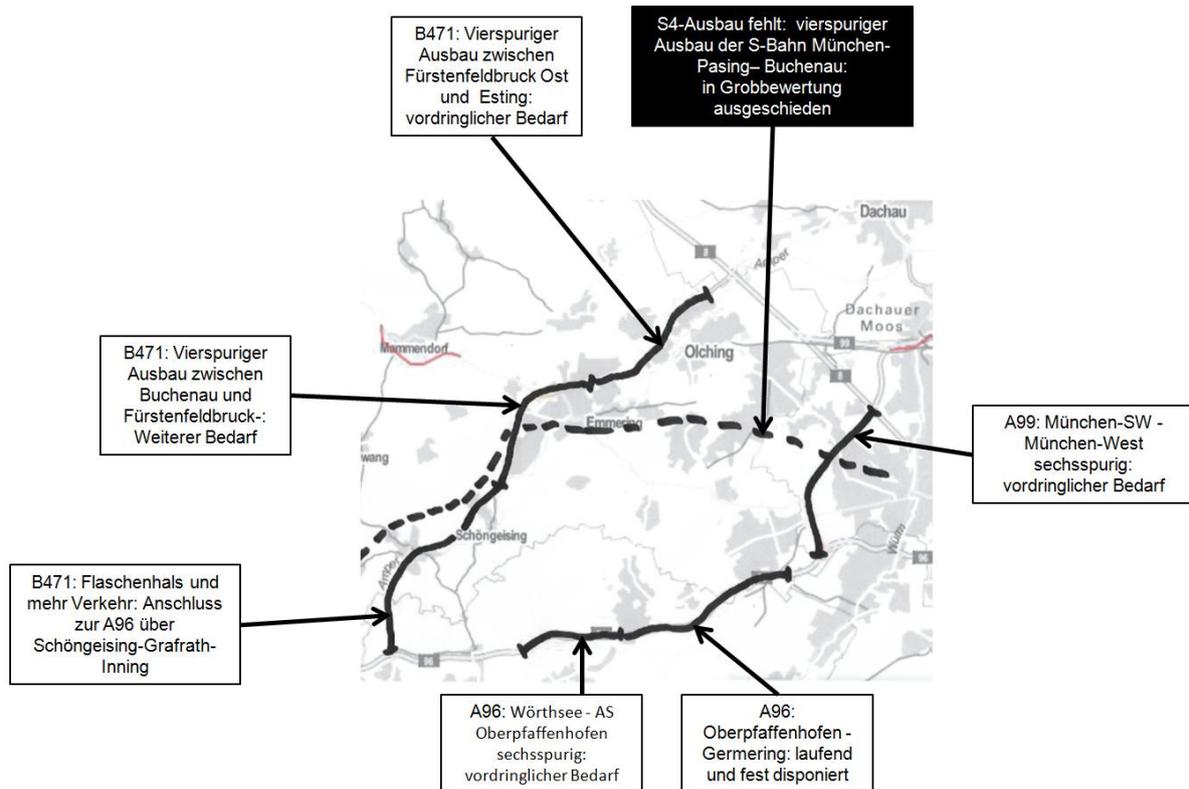
Nun sind wir gespannt, wie der neue Investor die bisher gewünschten Vorschläge aus Gemeinderat und Bürgerschaft umsetzen wird



Im Stadel des Klosterwirts:
denkmalgeschütztes Gewölbe

Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030: Statt Schienenausbau jede Menge Straßen

Der Verkehrsminister hat vor kurzem den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 veröffentlicht.



S-Ausbau von vornherein ausgeschlossen

Der Ausbau der S4 ist in der Grobbewertung ausgeschieden. Das Argument: „Da für den SPfV und SGV kein Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten auf der Strecke besteht, würde ein Ausbau nur der Taktverdichtung der S-Bahn-Linie dienen. Da es sich daher um eine SPNV-Maßnahme handelt, ist der Projektvorschlag nicht in den BVWP aufzunehmen“. Dieses Argument ist nach unserer Meinung unzutreffend. Ein viergleisiger Ausbau soll einen Engpass beseitigen, der durch den Mischverkehr von Fern-, Regional- Güter- und S-Bahn auf nur zwei Trassen besteht. Dieser Engpass verhindert sowohl eine Taktverdichtung als auch die Ausnutzung von Vorteilen, die sich aus der schon mit der Schweiz beschlossenen Elektrifizierung der Strecke München-Zürich ergeben. Schiene ist Schiene. Sie dient dem

Jede* r Bürger*in kann Einwände gegen den Bundesverkehrswegeplan **bis zum 2. Mai 2016** abgeben.

per Post an:

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Referat G12
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Stichwort "BVWP 2030"

oder elektronisch: <http://www.bmvi.de/>

Fern- und dem Nahverkehr. Genauso wie eine weitere Fahrbahnspur auf der B471 oder der A96 dem Fernverkehr genauso zugute kommt wie den täglichen Pendler*innen.

Vierspuriger Ausbau der B471

Ein **vierspüriger Ausbau der B471** bis Esting wird als „vordringlich“ bewertet, der vierspürige Ausbau bis Buchenau mit „weiterem Bedarf“. Dies bringt wesentlich mehr Verkehr auf der B471 durch Grafrath zur A96. Ein Ausbau der B471 ist nicht notwendig, wenn gleichzeitig die A99 auf sechs Spuren erweitert wird. Der Grafrather Gemeinderat hat sich deshalb schon im letzten Jahr einstimmig gegen einen vierspürigen Ausbau der B471 ausgesprochen und den Bürgermeister aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen gegen den Ausbau einzusetzen. Wir erwarten deshalb, dass der Bürgermeister im Namen der Gemeinde entsprechend zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplan Stellung nimmt.

Zukunftsweisende Verkehrspolitik sieht anders aus!

Die vorgelegten Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplans für unsere Region sind Zeugnis einer rückwärtsgewandte Politik: Die Menschen werden wieder ins Auto statt auf die Schiene geschickt. Dies schadet dem Klima und unser aller Lebensqualität durch klimaschädliche Abgase, schlechte Luft, Bodenversiegelung und mehr Lärm. Eine Untertunnelung der B471 für den Ortsbereich Grafrath ist unrealistisch und bei gleichzeitigem 4 spürigen Ausbau der falsche Weg, einem drohenden Verkehrsinfarkt in Grafrath zu begegnen.

30 % der Klimaschädlichen Emissionen werden durch den Verkehr verursacht. Dies scheint vier Monate nach der Pariser Klimakonferenz keine Auswirkung auf die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik zu haben.

Trauer um Karl-Heinz Dix



In der Nacht auf Sylvester ist Karl-Heinz Dix nach langer schwerer Krankheit verstorben. Karl-Heinz war seit der Gründung der Grünen vor mehr als 25 Jahren immer wieder für die Grünen aktiv. Zuletzt hat er noch zur Wahl 2014 auf der Liste der Grünen zum Kottgeisinger Gemeinderat kandidiert. Besonders hervorzuheben ist sein Engagement für den Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs. So war Karl-Heinz maßgeblich an einer Veranstaltung der Grünen in Grafrath im Jahr 1990 beteiligt, die als Startschuss für ein Bussystem im Landkreis zu werten ist. Seitdem hat er sich nicht nur mit großem Sachverstand für eine Verbesserung der Busverbindungen eingesetzt. Ihm lag auch besonders eine zuverlässige und weiter ausgebauten S-Bahn-Anbindung am Herzen. Da er sich immer wieder persönlich um die Behebung kleiner und großer Ärgernisse am Grafrather Bahnhof gekümmert hat, wurde er von der DB offiziell als ‚Bahnhofspate‘ für den

Grafrather Bahnhof benannt. Wir denken dankbar an Karl-Heinz' Engagement zurück. Sein sachverständiger Rat wird uns fehlen.

Redaktion:

Elke Struzena
Gabi Golling
Ingeborg Klug
Helma Dreher
Roger Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de**eMail:** gruene.grafrath@t-online.de**Information:** Elke Struzena, Tel. 08144 1592